



■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

LGBTI inklusive Menschenrechtsarbeit in der auswärtigen Politik und
Entwicklungszusammenarbeit

Protokoll des Fachtreffens am 6. September 2010 in Berlin
Teil 1: Begrüßung und Vorstellung der Stiftungen

Begrüßung durch Ise Bosch (Dreilinden gGmbH)

Im Namen der Dreilinden gGmbH, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, die Veranstalter des zweiten Fachtreffens Regenbogenphilanthropie, hieß Ise Bosch alle Anwesenden aufs herzlichste willkommen und freute sich, erstmalig auch Vertreter_innen aus dem Auswärtigem Amt und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie aus öffentlichen Stiftungen begrüßen zu können. Sie erhoffte, dass dieser Fachtag nicht nur bereits vorhandene Netzwerke intensiviert und systematisiert, sondern auch neue langfristig ausgerichtete Kooperationen auf dem Feld der internationalen Menschenrechtsarbeit ermöglicht und initiiert.

Begrüßung durch Barbara Unmüßig (Vorstand Heinrich Böll Stiftung)

Der Schutz der Menschenrechte von LGBTI wird zunehmend zu einem integralen Bestandteil der für die Heinrich-Böll-Stiftung charakteristischen Arbeit in den Feldern Demokratieförderung und Geschlechterpolitik. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die einzige politische Stiftung, die den Schutz und die Förderung sexueller Minderheiten in einem eigenen geschlechterpolitischen Leitbild verankert hat. Bislang äußerte sich das LGBTI-Engagement vor allem in konkreten Projektkooperationen in einer Reihe der insgesamt 28 Auslandsbüros der Stiftung. Die Stiftung fördert einige LGBTI-Organisationen institutionell und unterstützt sie politisch, wo immer Anknüpfungspunkte zu finden sind.

Mittlerweile besteht das Interesse nach einer Systematisierung dieser Arbeit (Erfahrungen austauschen, strategischer werden) sowie einer Fokussierung auf die politisch-strukturellen Rahmenbedingungen, damit sich die Situation von LGBTI spürbar und langfristig verbessern kann.. Zum ersten Mal gibt es in der Berliner Zentrale eine Ansprechpartnerin: Jana Mittag, Referentin für Demokratieförderung und entwicklungspolitische Friedensarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie wird die Stiftungsarbeit zum Thema LGBTI koordinieren und den Austausch innerhalb und außerhalb der Stiftung befördern. Zudem wird derzeit eine Genderkennung eingeführt, die in Zukunft auch erleichtern wird, konkret Auskunft zu geben, wie viele Mittel in die LGBTI-Menschenrechtsarbeit geflossen sind.

Als Beispiele für den bisherigen Einsatz der Stiftung für die Menschenrechte von LGBTI nannte Unmüßig die Unterstützung der Coalition of African Lesbians und Commission for Gender Equality, die Finanzierung und Mitorganisation verschiedener Vernetzungstreffen von LGBTI-Aktivist_innen. Darüber hinaus finanzierte die Heinrich-Böll-Stiftung die Herausgabe von Porträts libanesischer lesbischer, bisexueller und/oder trans*Frauen. Die nächste Ausgabe des panafrikanischen Newsletters *Perspectives* sowie eine panafrikanische Konferenz im November in Südafrika wird sich mit den politischen Problemen von LGBTI in Afrika auseinandersetzen. Im Rahmen der Frauenfußballweltmeisterschaft 2011 in Deutschland wird die Stiftung auch LGBTI Rechte in den jeweiligen Ländern, die an der WM teilnehmen thematisieren. Dabei wird eine Zusammenarbeit mit dem LSVD bzw. der Hirschfeld-Eddy-Stiftung angestrebt.

Zum Abschluss betonte Unmüßig, dass neben der finanziellen Unterstützung auch moralisch-politische Hilfe einen wertvollen Beitrag leisten kann, um die Menschenrechte von LGBTI zu schützen.

Ise Bosch (Gründerin und Stifterin der Dreilinden gGmbH)

Seit Stiftungsgründung setzt sich die Dreilinden gGmbH für die Menschenrechte insbesondere von Frauen und sexuellen Minderheiten ein. Mit einem jährlichen Volumen von 400.000 € werden weltweit vermittelt über die Astraea Lesbian Foundation for Justice,

International Fund for Sexual Minorities LSBTI-Organisationen und Projekte gefördert und somit die Infrastruktur für Menschenrechte und Demokratie gestärkt. Zudem ist die Dreilinden gGmbH Herausgeberin des 2009 veröffentlichten ersten Jahresberichts „Regenbogen-Philantropie! Deutsche Unterstützung für die LSBTI-Menschenrechtsarbeit im globalen Süden und Osten“ von Arn Sauer. Dreilinden wird auch die im kommenden Jahr erscheinende Nachfolgestudie ermöglichen.

Zugleich sprach Bosch mit dem Toolkit to Promote and Protect the Enjoyment of all Human Rights by Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender (LGBT) People“ des Rates der Europäischen Union sowie der Global Fund Strategy in Relation to Sexual Orientation und Gender Identities (SOGI-Strategie) wichtige Vorbilder und Ansatzpunkte für LGBTI-inklusive Menschenrechtsarbeit an.

Günter Dworek (Hirschfeld-Eddy-Stiftung)

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung wurde im Sommer 2007 auf Initiative des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) gegründet. Dabei konnte an die langjährige internationale Arbeit für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT) durch den LSVD angeknüpft werden – ein Engagement, das sich auch an dem zuerkannten Beraterstatus bei den Vereinten Nationen ablesen lässt. Benannt ist die Hirschfeld-Eddy-Stiftung nach dem Pionier der homosexuellen Bürgerrechtsbewegung [Dr. Magnus Hirschfeld](#) (1868-1935) aus Deutschland, und nach der prominenten lesbischen Menschenrechtsaktivistin [Fannyann Eddy](#) (1974-2004) aus Sierra Leone, die dort 2004 einem Mordanschlag zum Opfer fiel.

Von Galgen bis Standesamt reichen die Orte, die Staaten auf dieser Welt als angemessen für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender betrachten. Während es etwa in Lateinamerika keine Strafgesetze mehr gibt und in mehreren Ländern die Ehe oder Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare verwirklicht bzw. diskutiert wird, bieten eine ganze Reihe von afrikanischen Staaten immer wieder Anlass zu großer Sorge. Zu nennen sind etwa Simbabwe und Uganda, Kamerun und Nigeria mit ihren so genannten »Sodomie-Gesetzen«. Im ugandischen Parlament wurde kürzlich eine Verschärfung des homophoben Strafrechts diskutiert, die auch die Einführung der Todesstrafe für Homosexuelle vorsah. In Mauretanien, Sudan, Nigeria und Somalia werden

homosexuelle Handlungen bereits mit der Todesstrafe bedroht.

Die Motivation für die Stiftungsgründung lässt sich aus der deutschen Geschichte ableiten. Gerade weil in Deutschland nach 1933 eine Homosexuellenverfolgung ohne gleichen in der Geschichte stattfand, hat unser Land die Pflicht, heutigen Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) mit aller Kraft entgegenzutreten. Auch im Deutschland der 1950er und 1960er Jahre prägte die anhaltende Kriminalisierung von Homosexualität, die Verweigerung elementarer Menschenrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit den Alltag von Homo- und Bisexuellen. Schwule, Lesben und Bisexuelle fanden jedoch Unterstützung aus der Schweiz, Großbritannien, Dänemark oder den Niederlande, eine Erfahrung von internationaler Solidarität, die nun auch mit der Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung „weitergegeben“ werden möchte.

Die Gründung einer Stiftung als eigenständige Menschenrechtsorganisation verdeutlicht die Wertigkeit des Themas für den LSVD und baut vor, dass die internationale Menschenrechtsarbeit im Trubel der vielfältigen innenpolitischen nicht unter die Räder kommt. Als zivilgesellschaftlicher Akteur ist man zugleich wendiger und kann schneller reagieren. Des Weiteren ist die Kooperation mit einer Stiftung samt „neutralen“ Namen auch für die Partner_innen vor Ort oftmals günstiger als ein Interessenverband.

Arbeitsweise

1. Direkte Unterstützung – kurzfristig Hilfe

Wir unterstützen Menschenrechtsverteidiger_innen und LSBTI-Organisationen im globalen Süden und in Osteuropa, d.h. Projekte zur Akzeptanzsteigerung und zur Stärkung des Menschenrechtsschutzes von LSBTI-Personen. Die Spendengelder werden eins zu eins an unsere Kooperationspartner_innen weitergegeben. So konnten beispielsweise Projekte in Nicaragua, der Türkei und Israel sowie eine iranische Exilorganisation unterstützt werden.

2. Förderung langfristiger Akzeptanzstrategien

Zusammen mit unseren Kooperationspartner_innen vor Ort führen wir [LSBTI-Menschenrechtskongresse](#) in osteuropäischen Staaten durch, etwa in der Ukraine oder

Lettland – beides zwar keine Verfolgerstaaten, dennoch herrscht dort ein gesellschaftlich äußerst raues Klima für LSBTI. Diese Konferenzen fanden mit Hilfe der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der Heinrich-Böll-Stiftung statt.

Ein wichtiger Punkt ist dabei die Community-Bildung über das Zusammenbringen von Wissen über die Geschichte von LSBTI und ihre rechtlichen und gesellschaftlichen Problemlagen sowie den Austausch von Erfahrungen mit den Kämpfen in den verschiedenen Ländern.

Darüber hinaus fördern wir die Vernetzung in die Teile der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Politik, die bereit sind, den Gesprächsfaden aufzunehmen. Denn LGBTI-Personen sind Minderheiten, die darauf angewiesen sind, Mehrheiten zu überzeugen, dass ihre Sache gerecht ist.

3. Verankerung des LSBTI-Themas in den globalen Menschenrechtsdiskurs und seinen internationalen Gremien

Zu den Kernthemen unserer internationalen Arbeit gehört die Aufklärung, Sensibilisierung und der Kampf gegen die strafrechtliche wie auch gegen nichtstaatliche Verfolgung. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass nicht nur weiße Westeuropäer oder Nordamerikaner zu Wort kommen. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amts ist es mehrfach gelungen, profilierte LSBTI-Aktivist_innen aus aller Welt einzuladen. Zudem unterstützen wir Menschenrechtsverteidiger_innen aus dem globalen Süden in ihrer Überzeugungsarbeit für die Entkriminalisierung von Homosexualität, so etwa im Umfeld der [UN-Vollversammlung](#) im Dezember 2008 in New York.

4. Verankerung des Menschenrechtsschutzes von LSBTI-Personen in der deutschen Menschenrechts- und Entwicklungsarbeit, sowie der auswärtigen Kulturpolitik

Dazu gehört zum einen die Information der Öffentlichkeit über die Yogyakarta Prinzipien, in denen internationale Menschenrechtsnormen systematisch mit Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Identität interpretiert werden. Zum anderen aber auch die Vernetzung mit möglichst vielen Akteur_innen in diesem Feld, etwa Stiftungen, NGOs, Verwaltungen, Botschaften und Ministerien. Dazu dient auch die heutige Konferenz.

Wir wünschen uns, dass sich die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik aber auch die auswärtige Kulturpolitik angemessen intensiv mit diesem Aspekt des Menschenrechtsthemas beschäftigt und mit ihrem ganzen Arsenal an Möglichkeiten aktiv wird – von der diplomatischen Intervention bis hin zur Projektförderung.

Denn im Umgang mit ihren Minderheiten zeigt sich die Reife einer Demokratie. Demokratie bedeutet nicht Diktatur der Mehrheit, sondern das Umsetzen und Einhalten, das Leben von Menschenrechten.

Protokoll: Markus Ulrich, Hirschfeld-Eddy-Stiftung (markus.ulrich@lsvd.de),